der springende punkt

nr. 18 Jan. 79

B.S.

tudentenzeitung der

edizinischen hochschule Lübeck



Inhalt:



Impressum

ASTA der Medizinischen Hochschule Lübeck
Ratzeburger Allee 160
2400 Lübeck

Druck: ASta der Fachhochschule Lübeck

„ÄRZTESCHWEMME"

PANIKMACHE ODER REALITÄT

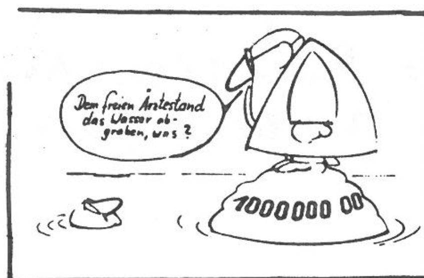
Das seit einiger Zeit immerwieder auftauchende Gerede von der "Ärzteschwemme" und der Überversorgung der Bevölkerung mit Ärzten in Zeitungen, insbesondere aber in den Kampfblättern der Standesorganisationen und in medizinischen Fachzeitschriften, zeigt sich in letzter Zeit offen in Diskussionen, in denen es um Kostendämpfungs- und Krankenhausfinanzierungsgesetz geht. Somit dürfte auch langsam seine Funktion immer deutlicher werden. Es ist eben nicht nur die Ärzteschaft, der es wieder einmal um Geld und Ansehen geht, es sind genauso Staat und Regierung, für die mehr Ärzte auch mehr Ausgaben im Gesundheitswesen bedeuten.

Hintergründe

Grundlage dieser Kampagne sind mehrere Studien: Studie des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland (ZI) und ein Gutachten des Kieler Instituts für Gesundheitssystemforschung (GSF), Leitung Prof Beske, CDU-Staatssekretär in Kiel und Honorarprofessor an der MHL auf dem Gebiet Sozialhygiene und öffentliches Gesundheitswesen.
Nach diesen Studien entwickeln sich die Arztzahlen bis zum Jahre 2000 in der BRD wie folgt:

11500 Studienanfänger pro Jahr?

Die Studienanfängerzahlen der ZI- und GSF-Studie stammen aus einer nicht belegten "Schätzung der Bundesärztekammer" (ZI, S.3) bzw. der " Vermutung der Bundesärztekammer" mit der Begründung, daß von der ZVS



nur unvollständige Angaben zu erhalten sind. Demgegenüber wurden 1977 nach Mitteilung der Westdeutschen Rektoren-Konferenz, der ZVS, dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft(BMBW) und dem Wissenschaftsrat(WR) deutsche Studienanfänger wie folgt zugelassen:

BMBW:	8980
WR:	8980
ZVS:	9683
WRK:	10471

	Berufstätige Ärzte	Ausgangsbasis dt. Studienanfänger	Quelle
1974	114661		Daten des BMJFG 1977
1976	126941		DÄ 20/1977, S. 1351 ff
1980	160000		Krafft u.a. [1]
1990	155000	7500 ab 1975	McKinsey[2]
	177241	11500 ab 1977	GSF[3]
	181917	11500 ab 1977	ZI[4]
2000	175000	7500 ab 1975	McKinsey
	216215	11500 ab 1977	GSF



Gegenüber diesen Zahlen liegen die Zahlen der GSF- und ZI-Studie zwischen 10 und 20 Prozent zu hoch. Außerdem ist die Zahl der Studienanfänger nicht genauso hoch wie die der Studienabsolventen, und schließlich ist grundsätzlich zu kritisieren, daß Bedarfsüberlegungen in beiden Studien hinsichtlich der medizinischen Versorgung der Bevölkerung keinerlei Rolle spielen.
Es wird weiterhin davon ausgegangen, daß die Zahl der Planstellen in den Krankenhäusern von 62000 (1976) auf 55000 im Jahr 1990 infolge des Abbaus des Bettenberges zurückgehen wird; damit würden in den Krankenhäusern jährlich nur 6500 Weiterbildungsstellen frei, so daß zwischen 1976 und 1990 nur 65% der neu approbierten Mediziner eine Stelle zur Weiterbildung bekommen könnten, 35% sich aber ohne jegliche Krankenhausweiterbildung sofort in freier Praxis niederlassen müßten. Damit würde die Arztdichte um 60% zunehmen.

Ohne Rücksicht auf den Altersaufbau

Daneben wurde der Altersaufbau der derzeit beschäftigten Ärzte nur unzureichend berücksichtigt. Nach der McKinsey-Studie befanden sich 1970 mehr als ein Drittel der berufstätigen Ärzte im Alter von 50 - 65 Jahren, so daß im Jahr 2000 nur noch 25-40% des Ärztebestandes von 1970 berufstätig sein wird. Unhaltbar ist auch, daß von Studienanfängerzahlen direkt auf Absolventen geschlossen wird. Nach empirischen Untersuchungen vor Einführung der AO lag die Studienabbruchquote zwischen 10% und 20%. Für die Zeit seit Einführung der AO bzw. deren Novellierung liegen noch keine empirischen Daten darüber vor. Nach Mitteilung des IMPP in Mainz bestanden jedoch 16,7% das Physikum nicht und - bei zunehmender Tendenz - 5,6% nicht den Ersten Abschnitt.



Gesundheit ist ein Mordsgeschäft.

Durchfallquoten steigen an

Mit der durch die AO-Novelle eingeführten Verschärfung (60% Klausel) werden, so errechnete das IMPP, bei gleicher Prüfungsvorbereitung und gleich schwierigen Fragen, die Mißerfolgsquoten auf 40% im Physikum und ca.26% im Ersten Abschnitt ansteigen, bei Ausländern sogar auf 70% im Physikum. ~~ansteigen.~~

Ärztebedarf unbekannt! Absicht?

Die Standesorganisationen machen in diesen Studien nicht einmal ansatzweise den Versuch, den Nachweis dafür anzutreten, daß ihrer Ansicht nach der Bedarf an Ärzten in allen Bereichen und Disziplinen bereits hinreichend gedeckt ist. Die noch immervorhandenen Mängel in der Grundversorgung mit Primärärzten (Praktische Ärzte, Internisten, Gynäkologen, Kinderärzte)wurden noch 1977 in einer Studie des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen belegt.
Daß im Öffentlichen Gesundheitswesen etwa 2000 Stellen weniger besetzt sind als 1960, daß nach einer Darstellung des Berufsverbandes Deutscher Anästhesisten am 1.1.1977 noch 5-6000 Anästhesisten zur fachgerechten Versorgung der Krankenhäuser fehlen, daß bis zum Jahre 2000 noch mindestens 4000 Nervenärzte gebraucht werden(Bedarfsplan des BdWi) bleibt den Autoren der Studien ebenso verborgen wie der Bedarf im Rettungswesen, der vom deutschen Städtetag mit etwa 35000 Mitarbeitern angegeben wird. Der Unfallverhütungsbericht 1976 ging davon aus, daß immer noch etwa 7000 der insgesamt 10000 benötigten Werksärzte fehlen. Inzwischen sollen laut Deutsches Ärzteblatt bereits 6000 Werksärzte zur Verfügung stehen. Hier handelt es sich jedoch nur um 6000 erworbene Zusatzbezeichnungen "Arbeitsmedizin" und nicht um 6000 Vollzeitwerksärzte.

Es zeigt sich, daß diese Studien lediglich einer aufgebauschten Kampagne dienen sollen. Dabei enthalten sie nur ungesicherte Zahlen, die Ausgangspunkt der Studien sind. Solange aber weder diese Zahlen gesichert sind, noch eine fundierte Bedarfsanalyse für das Gesundheitswesen vorliegt, ist der Begriff "Ärzteschwemme nichts als ein Schlagwort

AUSBILDUNG... AO...

Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen

Das permanente Gerede über eine "Arzteschwemme hat Folgen. Es tut sich allerhand, eine komplette AO - Novelle scheint unumgänglich :

Am 1o.1o.78 hat zum zweiten Mal unter Federführung von Herbert Ehrenberg, Bundesminister für Arbeit, und in Anwesenheit von Antje Huber, Bundesminister für Gesundheit, die sogenannte "Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" getagt und "übereinstimmend Empfehlungen zur Entwicklung der Studenten- und Arztzahlen beschlossen. Nicht nur, daß diese Sitzung auf Vorschlag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zustande kam, auch mit den schließlich beschlossenen Empfehlungen wurde voll und ganz den Vorstellungen der reaktionären Ärzteverbände Rechnung getragen und als wichtigster Punkt beschlossen: "...bereits jetzt erste Schritte einzuleiten, um...einem übermäßigen Anwachsen der Arztzahl, insbesondere in der ambulanten Versorgung, entgegenzuwirken." (siehe Empfehlungen).
Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung waren zu dieser Sitzung angetreten mit dem Ziel:

Den Gefahren einer „Ärzteflut" begegnen!

Fast ein Jahr nach der AO-Novelle wird uns jetz die drohende "Ärzteflut" und die "sinkende Ausbildungsqualität" aufgetischt. Den Hauptbeitrag zu diesem Thema durfte der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, halten. Über seine Ansichten referiert das Deutsche Ärzteblatt, 42, auf Seite 2392:"...nach den vorliegenden Prognosen folgt daraus, daß noch vor dem Jahr 2ooo das Angebot an ausgebildeten Ärzten den - wie auch immer ermittelten - Bedarf deutlich übersteigen wird. - Die Ärzte seinen über diese Entwicklung auch deshalb so beunruhigt, weil mit der rasant gestiegenen Studienanfängerzahl den Anforderungen der Approbationsordnung für Ärzte aus dem Jahre 197o, die für 4.ooo bis 6.ooo Studenten ausge-

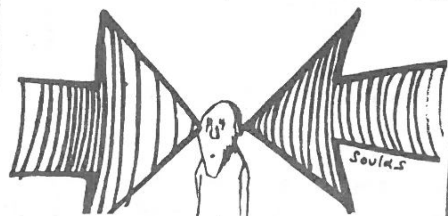
DEUTSCHES ARZTEBLATT Heft 42 vom 19. Oktober 1978

Die Empfehlungen

„Die an der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen Beteiligten sind übereinstimmend zu folgendem Ergebnis gekommen:

❶ Obwohl bei längerfristigen Prognosen mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren zu rechnen ist, macht es die voraussehbare Entwicklung erforderlich, bereits jetzt erste Schritte einzuleiten, um die Qualität der ärztlichen Versorgung zu erhalten und einem übermäßigen Anwachsen der Arztzahl, insbesondere in der ambulanten ärztlichen Versorgung, entgegenzuwirken.

❷ Die Studienbewerber sollten im verstärkten Maße über die derzeit abschätzbare Entwicklung des Bedarfs und des Angebots an Ärzten und über ihre Berufschancen informiert werden; hierbei sollte auch die fächerspezifische Orientierung erleichtert werden. Bei aller aufgezeigten Problematik sollte versucht werden, Auswahlmaßstäbe für den Zugang zum Studium zu entwickeln, die der ärztlichen Tätigkeit besser gerecht werden.



❸ Die Qualität der praktischen Unterweisung von Medizinstudenten ist zu verbessern. Daher sollte geprüft werden, inwieweit Lehrkrankenhäuser in verstärktem Maße in die Ausbildung einbezogen werden können. Die Zahl der Studienplätze sollte eine Größenordnung nicht überschreiten, die den Kapazitäten für eine praxisbezogene Ausbildung entspricht.

❹ Die Ausbildung muß verstärkt auf das Ziel ausgerichtet werden, Ärzte zu einer eigenverantwortlichen Tätigkeit zu befähigen. Die dafur notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen müssen den Medizinstudenten im Rahmen ihrer Ausbildung vermittelt werden. Die Bemühungen aller Beteiligten um eine entsprechende Durchführung der Approbationsordnung sollten intensiviert werden. Dabei ist zu prüfen, inwieweit eine Novellierung der Approbationsordnung der Ärzte notwendig ist. Diese Fragen werden von einer Kommission der Bundesregierung aufgegriffen.

❺ Zur Verbesserung der Qualität der ambulanten ärztlichen Versorgung sollte auch geprüft werden, welche Möglichkeiten vorübergehend bestehen, zur kassenärztlichen Versorgung nur diejenigen Ärzte zuzulassen, die eine angemessene (etwa zweijährige) praktische Berufserfahrung als Assistent im Krankenhaus und in freier Praxis nachweisen.

❻ Die sich abzeichnende Entwicklung sollte Anlaß sein, Studierende der Medizin und junge Ärzte stärker als bisher für eine Tätigkeit im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Sozialversicherung, der übrigen öffentlichen Verwaltung und des betriebsärztlichen Dienstes zu interessieren. Die Entwicklung sollte genutzt werden, um Probleme der ambulanten ärztlichen Versorgung, die aus einer unzureichenden Verteilung der Ärzte auf Stadt- und Landgebiete sowie auf einzelne Fachgebiete derzeit noch resultieren, zu beheben.

Hier liegen vor allem Aufgaben der ärztlichen Selbstverwaltung und der Krankenkassen. Die notwendige Stärkung der allgemeinmedizinischen Versorgung sollte durch die Bereitstellung der erforderlichen Zahl von Weiterbildungsstellen für Allgemeinmedizin im Krankenhaus sowie der freien Praxis unterstützt werden.

❼ Die Bundesregierung wird ein Forschungsvorhaben mit dem Ziel initiieren, die Veränderungen im Ärztebedarf und der übrigen medizinischen Berufe unter Einbeziehung der Bedarfsplanungen der Kassenärzte und der Krankenkassen und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit vorausschauend zu ermitteln. Dabei soll auch der Bedarf an unterschiedlichen Arztgruppen, insbesondere an praktischen Ärzten, berücksichtigt werden." ■

AUSBILDUNG ... AO ...

Approbation in 3 Teilen!

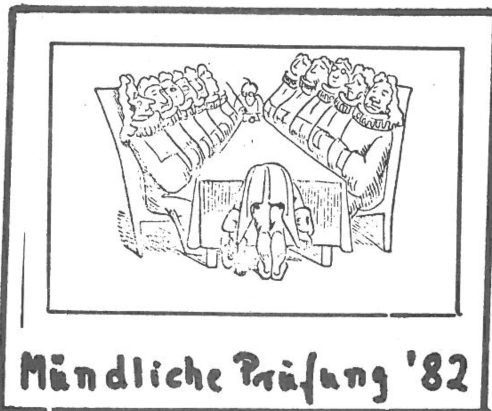
Erstaunlich ist zunächst , daß die Herren über schlecht ausgebildete Ärzte klagen und als Konsequenz eine Kürzung des Studiums um mindestens 2Jahre vorschlagen. Wenn das Studium in der vorgelegten Weise durchgeführt wird - versehen mit der eindringlichen Forderung, die selektierende Funktion der Prüfungen noch stärker zu berücksichtigen - kann sich jeder das Resultat leicht vorstellen: ein restlos vollgepacktes Paukstudium,aus dem wesentliche Inhalte verschwunden sind, mit Pflichtvorlesungen und"haarigen" Scheinprüfungen , ohne jeden praktischen Bezug. Die erfolgreiche Absolvierung wird in mündlichen Prüfungen von professoraler Willkür abhängig gemacht ; denn mündliche Prüfungen dienen hier nicht als Lehr - und Lerngespräch - wie dies für Kurse sich ja durchaus anbieten kann - sondern hier kann einfacher " seligiert " werden. Bei MC- Klausuren weiß man nie wieviel denn nun wirklich bestehen.
Um die Studenten, die im Augenblick

Gilt auch für uns!

studieren , auch in den Genuß dieser "Reform " kommenzu lassen, wird vorgeschlagen , ihnen einfach die Approbation nach dem Studium nicht zu erteilen.

Die Beschränkung der Gültigkeit der jetzigen ärztlichen Approbation auf Tätigkeit in ärztlich geleiteten Einrichtungen und die Ergänzung dieser „Approbation I" durch eine „Approbation II" nach (vorerst) mindestens vierjähriger Krankenhaustätigkeit kann sehr schnell vollzogen werden, wenn dafür zunächst auf die prinzipiell erforderliche Prüfung verzichtet wird.





Mündliche Prüfung '82

Facharztausbildung und/oder/statt MA-Zeit

Die Ausbildung der Ärzte im Krankenhaus soll 3 Jahre dauern. Ziel der ärztlichen Ausbildung im Krankenhaus (oder in anderen ärztlich geleiteten Einrichtungen) ist die Befähigung zu selbständiger und voll verantwortlicher ärztlicher Tätigkeit in der ambulanten wie in der stationären medizinischen Versorgung, ausgenommen nur die Leitungs- und Ausbildungsfunktionen. Aufgabe dieser Ausbildung ist die Heranbildung von Fachärzten (auch Fachärzten für Allgemeinmedizin), die die für die Ausübung selbständiger ärztlicher Tätigkeit auf ihrem Fachgebiet und für die Zusammenarbeit mit Ärzten anderer Fachgebiete erforderlichen theoretischen wie praktisch-medizinischen Kenntnisse und ärztlichen wie medizintechnischen Fertigkeiten beherrschen und an den Kranken anzuwenden vermögen.

Eine Facharztausbildung in 3 Jahren ist in vielen Fächern unmöglich. Sehr viel wahrscheinlicher ist es , daß, bedingt durch die Form des Studiums, hier eine dreijährige MA -Zeit oder etwas Ähnliches herauskommen wird. Die weitere Trennung von Theorie (Approbation I) und Praxis (Appr. II), die seit Jahren zu überwinden gesucht wird (Bed - side -teaching , PJ in seiner ursprünglich geplanten Form), wird hier als Dauerzustand festgeschrieben. Dies beweist , daß die Autoren von der tatsächlichen Problemlage im Medizinstudiumnicht sehr viel wissen können, sondern eiskalt ihre Interessen im Gesundheitswesen in einer Ausbildungsordnung festschreiben wollen.

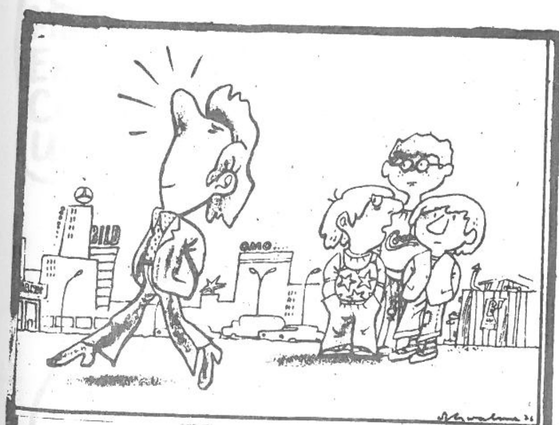
AO ••• AUSBILDUNG ••• AO

Mechanismus einer Elitezüchtung:

Ziel der ärztlichen Ausbildung bis zur Approbation III ist die Befähigung zu Leitungs- und Ausbildungsfunktionen des Facharztes auf seinem Fachgebiet. Aufgabe dieser Ausbildung ist die Vermittlung des theoretischen und praktisch-medizinischen Wissens und der ärztlichen wie medizintechnischen Fertigkeiten, deren Beherrschung Voraussetzung dafür ist, leitende Funktionen auf dem Fachgebiet auszuüben, sowie der didaktischen Kenntnisse und Erfahrungen, die erforderlich sind, um Ärzte und ander medizinische Fachkräfte auf dem Fachgebiet auszubilden.

Die Ausbildungsdauer wird einheitlich auf vier Jahre nach Erlangung der Approbation II angesetzt. Vorher und ohne Approbation III dürfen Leitungs- und Ausbildungsfunktionen im oben umrissenen Sinne in keiner Stellung und in keinem Fachgebiet wahrgenommen werden.

Anknüpfend an Vorstellungen des HRG wird hier ein Aufbaustudium für einige wenige gefordert, die als geistiger Überbau für das ganze Gebilde "Krankenhaus" fungieren sollen. Wer dafür nicht in Frage kommt, muß sich mit dem Notwendigsten begnügen (in 7 Jahren zum Facharzt !) Das wichtige Handwerkszeug soll der Gewünschte "Durchschnittsarzt " gut und gründlich beherrschen. Was darüber hinausgeht ist"für andere bestimmt".



„Was ist denn mit dem?" Der macht jetzt die Approbation III!

Gesetzentwurf der CDU zur AO-Novelle:

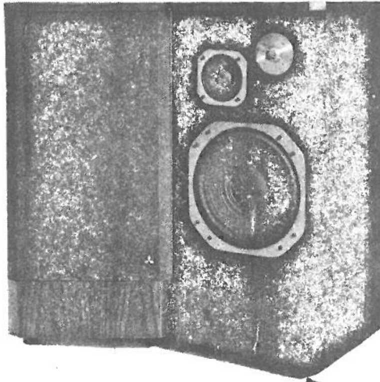
Auch die CDU hat sich Gedanken gemacht. Sehr schnell und sehr ernsthaft. Ergebnis ist ein Gesetzentwurf zur Änderung der Bundesärzteordnung, der vom Bundestag in diezuständigen Ausschüße weitergeleitet worden ist.

Die CDU will das Prüfungssystem auf ein Mehrfachprüfsystem umstellen. Mündliche Prüfungen stehen dabei im Vordergrund, damit von den vielen , vielen Studenten nur so viel wie gewünscht fertig werden.



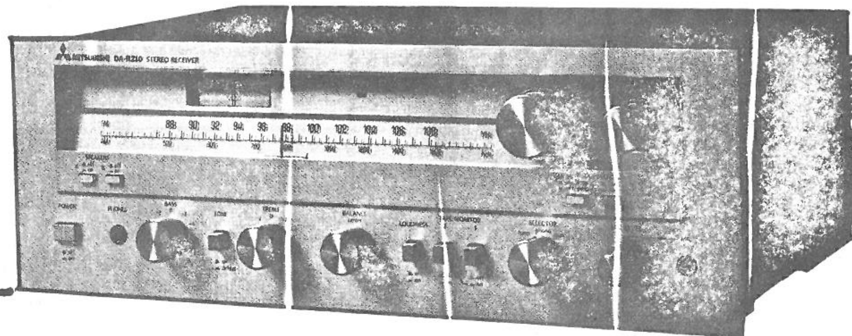
Das PJ soll auf zwei Jahre verlängert werden . Aber nicht das PJ , wie es jetzt ist oder wie wir es uns vorstellen. Diese zwei Jahre sollen in allen Krankenhäusern und bei praktischen Ärzten durchgeführt werden. Lehrassistenten und spezielle Lern- und Lehreinrichtungen können dann nicht mehr obligater Bestandteil der Ausbildung sein, weil sich so etwas in kleinen Häusern kaum realisieren läßt. Das weiß auch die CDU , deswegen fordert sie für den PJler "den Status eines aus früheren Jahren bekannten Medizinalassistenten". Dadurch darf er dann auch gleich viel mehr und ist viel handlicher zugebrauchen. Gelernt wird dann durch "Learning by doing " und die Eigenverantwortlichkeit des Studenten. Gleichzeitig können dann sehr billig (mit Bezahlung hat Status hier nichts zu tun) Pflegepersonal im Krankenhaus und Angestellte in Praxen eingespart werden - angewandte Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

HIFI



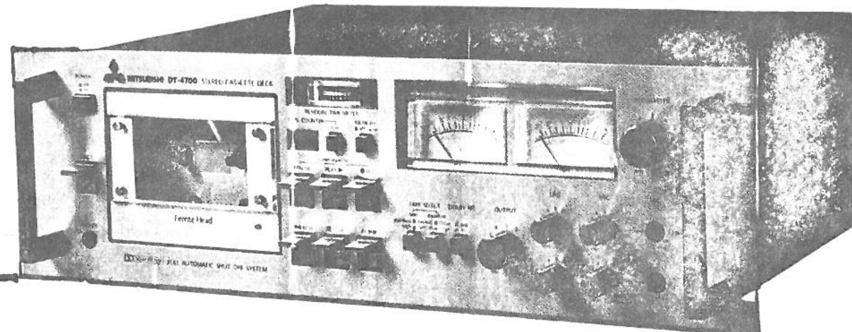
Mitsubishi Standbox 2-Weg, 60 Watt Sinus 248,-
HECO 3-Weg 70/100 Watt 248,-
JBL L19 statt 448,- nur 348,-
IBL 3-Weg 60/80 Watt nur 128,-

Ständig über 40 Paar Boxen vorführbereit!



RECEIVER

Mitsubishi 2×50 Watt Sinus (siehe Abb.)	nur	548,-
Technics SA5270	statt 748,-	630,-
Harman Kardon 430 2 Netzteile	statt 798,-	578,-
SANKYO 2×35 Watt Sinus	statt 698,-	498,-
Marantz 2216	statt 748,-	598,-



RECORDER

JVC A1 klanglich hervorragend	nur	498,-
TOSHIBA Relaissteuerung	nur	798,-
Sankyo 1850 reichhaltige Ausstattung		548,-
Jamato Dolby, Autostop, Frontlader		398,-

DAS REGIME DES SCHAH

Geschichte:

Schah Reza Pahlevi kam 1941 an die Macht, nachdem sein Vater Reza Khan wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Hitler-Regime von den Alliierten gestürzt worden war. Die immer stärker werdende Rivalität im imperialistischen Lager zwischen Großbritannien und den USA um die Vorherrschaft im Iran und die immer erdrückendere Lage der iranischen Volksmassen gaben der iranischen Befreiungsbewegung, die sich auch gegen den Schah als Handlanger der Imperialisten richtete, zunehmend mehr Aufschwung. 1949 gründete Dr. Mohammed Mossadegh die Parteiorganisation "Nationale Front", in der er einen nationaldemokratischen antiimperialistischen Kampf führte. Seine Forderungen nach Verstaatlichung der Erdölindustrie waren erfolgreich, denn im März 1951 wurde das Nationalisierungsprogramm verabschiedet. Einen Monat später wurde Mossadegh zum Ministerpräsidenten auf 4 Jahre gewählt.



Cyrus „der Grosse"!
کورش صغیر!

Militärputsch des CIA

Die Imperialisten bangten um ihren Einfluß im Iran und versuchten zusammen mit dem kaiserlichen Hof, die neue Regierung durch eine Wirtschaftsblockade lahmzulegen. Als der gewünschte Erfolg jedoch ausblieb, inszenierte am 19.Aug. 1953 der amerikan. Geheimdienst CIA einen Militärputsch gegen die nationale Regierung Mossadeghs und brachte sie zu Fall. Der ins Ausland geflüchtete Schah wurde wieder auf den Pfauenthron geholt. Damit die USA ihren politischen Einfluß verfestigen konnten, galt es zunächst, das Schah-Regime krisenfest abzusichern. Dazu begannen sie, einen CIA-hörigen Geheimdienst aufzubauen, der 1957 offiziell zur "Organisation für staatliche Sicherheit und Information" SAVAK wurde. Dank SAVAK gibt es heute nach Schätzungen von amnesty international ca. 40 000 politische Gefangene, die unter menschenunwürdigen Bedingungen einsitzen und gefoltert werden.

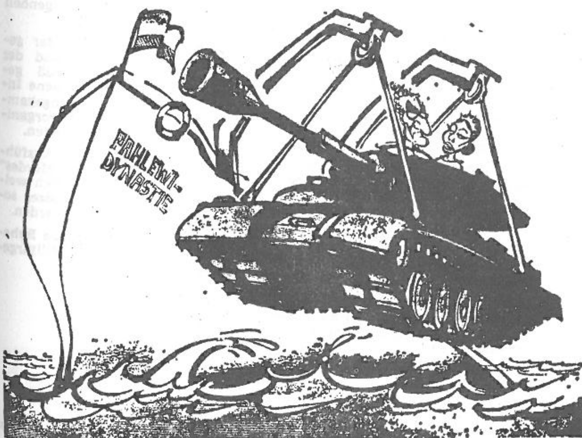
Nationaler Aufstand gegen die weiße Revolution

Der Widerstand des Volkes wurde fortgeführt und fand in zahlreichen Streiks seinen Ausdruck. Im Juni 1963 erhob sich ein Nationaler Aufstand gegen das von den US-Imperialisten ausgearbeitete Programm der "Weißen Revolution", das eine Kapitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche vorsah. Durch das skrupellose Vorgehen des Militärs wurde der Aufstand blutig niedergeschlagen mit einer Bilanz von 6 000 Toten und über 1 000 Verletzten.

BRD-Besuch des Schahs

Als am 27. Mai 1967 der Schah und Kaiserin Farah die BRD besuchten, gab es in der BRD große Protestdemonstrationen gegen die Folterherrschaft des Schahs, des Kaisers von Iran aus US-amerikanischen Gnaden, und gegen die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit diesem Regime. Auf einer dieser Demonstrationen wurde am 2. Juni 1967 in Berlin der Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen. Ein riesiges Polizeiaufgebot sollte den Schah schützen und so Störungen der diplomatischen und außenpolitischen Beziehungen zum Iran vermeiden helfen. Die BRD ist an einer guten Zusammenarbeit auf dem Rohstoffsektor (Erdöl) und an einer Erweiterung ihres Marktes im Iran interessiert. So zu sehen ist auch der Besuch von Willy Brandt (seines Zeichens Friedensnobelpreisträger) 1972 und des Bundespräsidenten Walter Scheel im April 1978 in Teheran.

Der Iran verfügt durch seine Erdöleinnahmen über eine relativ große Kapitalstärke, die esihm ermöglicht, moderne Waffensysteme und Technologien, z.B. Atomkraftwerke, zu erstehen. Dadruch ist er für die Imperialisten bestens geeignet, die Polizeifunktion am Persischen Golf zu übernehmen. Zusätzlich kann er aber auch zusammen mit ausländischem Kapital Fabriken aufbauen, in denen aufgrund der niedrig gehaltenen Löhne billig für den Weltmarkt produziert werden kann.



„Bist du sicher, Reza, daß wir in einem Rettungsboot sitzen?" LN Zeichnung: Haitzinger

Wie entwickelte sich nun die politische Lage im Iran?

Im Juni 1977 forderten drei der bekanntesten Führer der früheren "Nationalen Front" Mossadeghs in einem an den Schah gerichteten Offenen Brief "die Abschaffung der Diktatur" und die "strikte Anwendung der Verfassungsprinzipien". Dieses Dokument ist das Signal für eine ganze Reihe von Petitionen und Manifesten, die die Einhaltung von grundlegenden Freiheiten fordern. Es kommt zu einer Reihe von Streiks und Demonstrationen an den großen Universitäten des Landes, die Mitte November einen Höhepunkt erfahren, als der Schah den Amerikanern in Washington einen Besuch abstattet. Studenten werden verhaftet, Universitäten geschlossen. Ende Dezember 1977 erklärt Präsident Carter auf Besuch in Teheran, daß der Schah seine Haltung zu den Menschenrechten teile.

Die Rolle der Schiiten

Die schiitischen Moslems machen 90 % der Bevölkerung aus und sind seit 1501 Statts Bevölkerung aus und sind seit 1501 Staatsreligion. Die Ajatollahs, die höchsten religiösen Führer, werden vom Volk gewählt und können auch wieder abgesetzt werden, wenn sie das Vertrauen der Gläubigen verlieren. Gegen zwei Entwicklungen hat sich die schiitische Geistlichkeit schon immer deutliche gewehrt:

- gegen den Einfluß fremder Mächte auf den Iran und
- gegen eine zunehmende Zentralisierung und Autokratie des internen Herrschaftssystems.

Es kam immer wieder zu Koalitionen zwischen religiösen Führern und zivilen Reformern und Oppositionskräften. So auch bei dem Nationalen Aufstand 1963, bei dem Ajatollah Khomeini verhaftet und ins Exil geschickt wurde. Die Schiiten wollen "eine egalitäre Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwunden ist".

Zur sozialen Lage der Studenten

In den letzten Tagen des alten Jahres wurde im Bundestag eine Novellierung des BAföG beschlossen , d. h. insbesondere die neuen Förderungshöchst- und Elternfreibeträge festgesetzt.Die Organe der Studentenschaft protestierten sofort gegen diese Beschlüße und forderten ihre Vorstellungen stärker zu berücksichtigen. Dieser Artikel will zeigen worauf diese Forderungen fußen und die soziale Lage der Studenten darstellen.

BAFÖG:

Beim Vergleich des heutigen BAföG - Höchstsatzes von DM 580.- einschließlich DM 150.- Darlehen mit dem Höchstsatz von 1971 in Höhe von 420.- ergibt sich eine reale BAföG- Erhöhung von nur DM 10.-. Nach den Vergleichszahlen von 76 liegt der Höchstsatz um fast 70.-DM unter den monatlichen Ausgaben (DM 638.-) und sogar um 110 DM unter dem schon '75 für Studenten geltenden Existenzminimum des Sozialhilfegesetzes. Der monatliche Bedarf betrug nach Berechnung des Studentenwerkes schon 1976 DM 690.- . Während das nominale Nettoeinkommen der Lohnabhängigen von 1970 bis 1976 um 78,35 % stieg , wurden die Elternfreibeträge von 1971 bis 1977 nur um 41,25% erhöht. Zehntausenden Studenten wurde das BAföG dadurch um 150.- bis 200.- DM gekürzt, tausende fielen ganz aus der Förderung. Dadurch sank der Anteil der BAföG - Empfänger von 1973 -78 von 46% auf 38%. Die neuesten Untersuchungen in Baden - Würtemberg sprechen sogar von 30%.

Als Resumé der Entwicklung der Ausbildungsförderung seit '71 ist festzuhalten, daß durch zahlreiche Änderungen die finanziell determinierten Bildungsbarrieren wieder erhöht wurden, ohne das sie zuvor tatsächlich beseitigt gewesen wären.

Die soziale Flanke der Hochschulformierung

Einer der maßgeblichen Gründe , warum sich die soziale Lage der Studenten verschlechtert hat , ist die angebliche"Finanznot" des Bundes, durch sie sollen sich unter anderem auch die Studentenströme regulieren. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sieht das heute so:

" Im BAföG sind bereits Regelungen zur Begrenzung der Förderungsdauer und zur Beschränkung für Fachwechsler und Zweitstudien in Kraft. Es wäre auf Dauer für niemanden verständlich, wenn gleichartige Regelungen nicht auch für alle anderen Studenten gelten würden. "

Es soll also das Minimum zum Maßstab werden: erst werden die Hochschulen für finanziell schlechter gestellte Studenten unattraktiv gemacht , dann sagt man : " gleiches Recht für alle " und meint doch nur die finanziell schlechter Gestellten. Auf der anderen Seite sollen aber einige Priviligierte durch Aufbaustudiengänge das alte Bildungsprivileg genießen.

Dagegen stehen diametral die Forderungen der Gewerkschaften und der vds:

Studentische und Gewerkschaftliche Forderungen zum BAföG:

1. Erhöhung des Förderungshöchstsatzes auf 7oo DM !!
2. Erhöhung des Elternfreibetrages auf 14oo DM !!
3. Anhebung des relativen Freibetrages von 25 auf 4o %!!
4. Jährliche Anpassung der BAföG-Leistungen entsprechend Lohnentwicklung und Inflationsrate!!
5. Abschaffung des Grunddarlehens !!

Studentisches Wohnen

Wie die Ergebnisse der 8. Sozialerhebung der Bundesregierung zeigen, sinkt der Anteil der Studenten , die zur Untermiete bzw. zu Hause wohnen. Bevorzugt werden inzwischen Zimmer zur Hauptmiete und WG 's. Besonders auffällig ist die Diskrepanz zwischen Wohnungswunsch und tatsächlicher Wohnung , die durch unzureichende materielle Unterstützung mitverursacht ist:

	Wohnung	Wohnungswunsch
bei Eltern	21 %	5,3%
Untermieter	18%	4,8%
Hauptmieter	29,8%	48,5%
Stud.wohnheim	12 %	
WG	13%	29 %

Kindergarten - Süd -

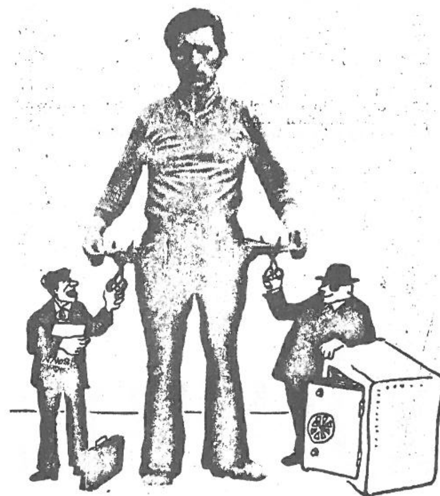
Gefahr der Auflösung wegen Kindermangel!

Alle Studenten mit Kindern im Alter von 1-6 Jahren bitte im AStA melden!

Kinderhort gefragt ??

Mitbedingt durch die Wohnform sind Kontaktstörungen und Isolationsprobleme die Hauptschwierigkeit der Studenten geblieben. Kontakte zur Bevölkerung sind die Ausnahme. Studierende scheinen durch Alter und Interessenlage mehr mit ihresgleichen verbunden als mit Mitbewohnern. Doch auch dies "Unter-sich-bleiben stellt keine befriedigende Lösung der Kontaktprobleme dar. Untersuchungen in Wohnheimen zeigen , daß Isolationsgefühle sehr häufig sind (z.B. Gießen 30% d. Heimbewohner).

Ein Grund für die drastischen Mietsteigerungenfür Studenten (z.T. 100% seit '66) ist die Sanierung der Innenstädte.Billige große Altbauwohnungen werden zu teuren Praxen , Büros und Appartments "saniert". Die Ghettoisierung und Isolierung in Massenwohnheimen fördern Konflikte und Neurosen wie die Selbstmordraten an modernen Massenunis' wie Bielefeld und Bochum zeigen. Wohnheime als kleine , dezentrale Einheiten, die auch von den Bewohnern selbst verwaltet werden, sind eine echte Alternative.



Der soziale Wildwuchs muß beschnitten werden!

Zur sozialen Lage der Studentinnen:

Immer noch sind die Frauen an den Hochschulen unterrepräsentiert. Der Anteil der Frauen an der Zahl der Studienanfänger ist zwar von 1960 - 75 von 23,9 % auf 36,9 % gestiegen, dies bedeutet aber nicht , daß FrauenfeindlicheFaktoren abgebaut worden sind. Der allgemeine Abbau von Bildungseinrichtungen wie Stellenstop, Abbau des zweiten Bildungsweges, Verminderung des Zugangs zum Studiumnach einem Fachhochschulstudium und der Numerus Clausus wirken sich nach bisherigen Untersuchungen eindeutig negativer auf Frauen als auf Männer aus. In der Zeit von 1975-76 ist denn auch der Anteil der Weiblichen Studienanfänger wieder um 4% gesunken, während sich die Zahl der Männer um 2,3% erhöhte. Nach

einer Untersuchung des Bildungsministeriums nehmen 10mal soviel Mädchen wie Jungen Abstand von dem Wunsch , ein Studium

aufzunehmen. Über 70% aller Studentinnen verteilen sich auf 3 von 8 Fachrichtungen, über 50% wählen einen Lehrerbildenen Studiengang, die Mehrheit für den Unterricht an Grund - und Hauptschulen.



ohne Worte

strichen. Deshalb ist Schwangerschaft meist gleichbedeutend mit Studienabbruch, zumal das Studium nicht als Indikation für eine Schwangerschaftsunterbrechung gilt.

Von der mangelnden sozialen Absicherung der Studentenschaft sind Studentinnen besonders hart betroffen. Es gibt keinerlei Mutterschafsschutz für Studentinnen. Wenn man sich mehr als 3 Monate vom Studium beurlauben läßt, wird das BAföG ge-

Podiumsdiskussion

am Mittwoch 17.1. von 11-13 Uh

im Transitorium (Hörsaal)

zum Thema:

„Ausbildung in der Medizin, Aufgaben der Approbationsordnung"

- mit
  Dr. Waterstraat, SPD Mitglied

  Prof. van der Bussche, Medizindidaktiker an der Uni Hamburg und Mitglied der ÖTV

  Dr.Lüth, Arzt für Allgemeinmedizin, Lehrbeauftragter der Uni Mainz am Institut f. Med. Soziologie Autor d. Buches „Lehren und Lernen in der Medizin"

Arbeitskreis „Wakenitzhof"
– Kontakt mit Heimkindern –

Vor etwas mehr als 2 Jahren fand sich eine Gruppe Interessierter zusammen,um gemeinsam den Versuch zu unternehmen,einen kontinuierlichen Kontakt zu einigen Kindern, die im Kinderheim "Wakenitzhof"leben aufzubauen.

Es wohnen hier ungefähr 50 Kinder zwischen 4 bis 16 Jahren, meist sog."Sozialwaisen". Das heisst, ihren Eltern ist in vielen Fällen das Sorgerecht entzogen, oder zumindest sind sie aus sozialen und familiären Gründen ausserstande, für ihre Kinder zu sorgen.

Im Wakenitzhof leben die Kinder in Gruppen von etwa 10 Personen zusammen und werden umschichtig von nur einem hauptamtlichen Erzieher betreut.

Für die Kinder bedeutet das, dass jedem nur ein Zehntel der Zuneigung dieser Bezugsperson gehört und sie die Wichtigkeit ihrer Person mit vielen anderen teilen müssen.

Für die Erzieher bedeutet das: Dienste rund um die Uhr, mit dem Bewusstsein, vielen Interessen Freuden und Bedürfnissen der Kinder einfach nicht nachkommen zu können.

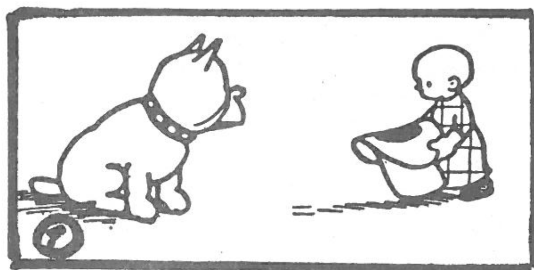
In dieser Situation kann es hilfreich sein, einigen Kindern die Möglichkeit eines Kontaktes ausserhalb des Heimes anzubieten. Bedeutend hierbei ist sicherlich die Tatsache, dass sie durch den kontinuierlichen Kontakt erfahren können, dass man an ihnen interessiert ist und sie für jemanden wichtig sind und ohne Zweifel nicht ausgefallene Unternehmungen.

So beschränkt sich die Beschäftigung mit den Kindern auf Schwimmen,Basteln,Radtouren,Spielen,miteinander Teetrinken und Klönen, alles Dinge, die in realistischem Verhältnis zu unseren zeitlichen, räumlichen und finanziellen Möglichkeiten stehe. Dieses ist wichtig, soll die Kontinuität des Kontaktes gewährleistet sein. An erst Stelle jedoch steht: -es soll Spass machen, und nicht nur den Kindern!

Um diesen Spass und die Bereitschaft zur Ausdauer nicht zu verlieren, ist es entscheidend,sich zu bemühen, Illusionen bzg der Bedeutung und Wirkung unserer Aktivitäten abzubauen, denn die Beziehungen zwischen den Kindern und uns können bestimmt kein ausreichend positives Gegengewicht zu den alltäglichen Erfahrungen sein.

Dennoch gibt es bei fast allen Kindern, die wir bis jetzt betreuen, Entwicklungen die darauf hinweisen, dass sich der Einsatz lohnt.

Da es noch etliche Kinder im "Wakenitzhoi gibt, die von solchen Aussenkontakten profitieren könnten, möchten wir alle, di an kontinuierlicher Betreuung von Heimkindern interessiert sind, auffordern mitzumachen.

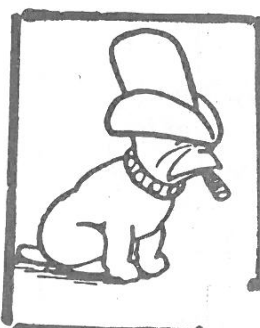




Kontaktadressen:

Jurina Karsten/
Elke Brecher (AStA)
Lessingstr.2 Tel. 5933

Manfred Schürmann
Ratzeburgerallee 24
Tel. 596160





NEOFASCHISMUS IN DER BRD

Nach den Jahren von 1933 bis 1945 und den NS-Verbrecher-Prozessen sieht die Bevölkerung das Problem des Faschismus als bewältigt an.
An verstärkten neofaschstischen Aktivitäten in der BRD kann man aber sehen, daß Ideologien nicht mit dem abschließenden Urteilsverkündigungen der Gerichte beherrscht werden und daß es offensichtlich auch ökonomische Bedingungen in einer Gesellschaft gibt, die das Auftreten faschistischer Ideologien fördern.
So schreibt Dirk Joachim in der Tat:
" Der Nährboden, auf dem Neofaschismus gedeihen kann:Eine Million Arbeitslose, ein Drittel davon Jugendliche." Den Jungen Leuten, die sich den Neofaschisten anschließen, fehlt politisches Bewußtsein, sie können auch ihre persönliche soziale Situation nicht bewältigen und suchen einen Ausweg auf der falschen Seite.

Frankfurter Allgemeine Zeitung — Montag, 24. April 1978, Nr. 83 / Seite 3

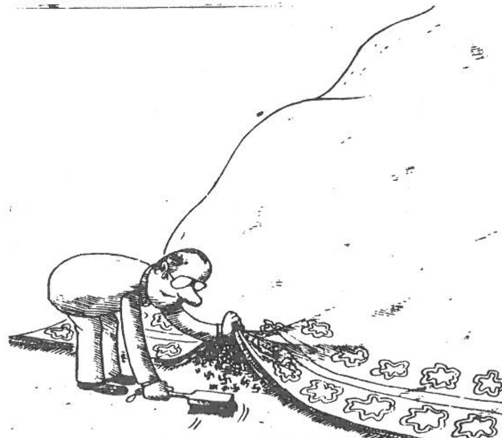


„Es handelt sich nur um historische Studien!"

DER OHNE-MICH-STANDPUNKT DER NACHKRIEGSGENERATION

Die Nachkriegsgeneration machte sich mit Eifer daran, die Schäden des Krieges zu beheben, wieder eine berufliche Karriere zu machen und ein gemütliches Heim mit der Familie zu teilen.Dieses führte zu einem Ohne-Mich-Standpunkt in politischen Fragen, wie es sogar von dem nicht gerade fortschrittlichen Soziologen Helmutn Schelsky bechrieben wurde.

Das politische Feld wurde ganz und gar den Berufspolitikern überlassen und um die Fragen der Kinder drückte man sich zu Hause und auch im



Geschichtsunterricht.Wer kennt nicht die Antwort der Eltern, daß man aber auch gar nichts gewußt habe von den Konzentrationslägern und schon gar nichts dagegen habe machen können.Man sei selbst erschrokken, als man '45 erfahren habe, was wirklich passiert sei, nachdem die Amerikaner die Läger gefunden hatten.
Diese Geisteshaltung führt heute dazu, daß man die Anfänge des Neofaschismus in der BRD einfach nicht sehen will, sondern sie sogar duldet.

Wirtschaftskrise und Rechtsextremismus

	Arbeitslose (in Mill.)	Wahlergebnisse der NSDAP
Jan. 1928	1,86	2,6 %
1929	2,85	18,3
1930	3,2	
1931	4,9	
1932	6,4	37,3
	Arbeitslose (Jahresdurchschnitt in 1000)	Wahlerfolge der NPD
1964	169	
1965	147	2,0 (Bundestagswahl)
1966	161	7,9 (Hessen),7,4 (Bayern)
1967	459	8,8 (Bremen)
1968	323	9,8 (Baden-Württemberg)
1969	187	4,3 (Bundestagswahl)
1973	273	
1974	582	0,8 (Hamburg), 1,1 (Bayern)
1975	1074	1,1 (Rhl.-Pfalz), 0,7 (Saar)
1976	1060	0,9 (Baden-Württemberg)
Jan. 1977	1248	

Boom neofaschistisher Literatur

1978 konnte man in Berlin und anderswo deutlich feststellen wie die Auslagen an Neo faschistischer Literatur immer vielfältiger an den Zeitungsständen der Kaufhäuser und den Zeitungskiosken wurden.
Das Buch von J.C.Fest " Hitler" wurde ein Bestseller, mancher Kritiker bezeichnete es als den Anführer der " Braunen Nostalgie".Aber mit so einem Schlagwort kann man die Gründe des Faschismus weder erkennen, noch an der richtigen Bekämpfung arbeiten. Es stellt sogar eine Verharmlosung und Verniedlichung dar, die der Qual der Millionen von Gefolterten nicht gerecht werden kann.

WARNUNG Jürgen v. Bergner (1978)

Ich hör' sie schon wieder marschieren -
noch von ferne in Reihe und Glied -
das Braunhemd noch unter der Parka
und gedämpft das Horst-Wessel-Lied.
Doch näht schon manch' höhere Tochter
Hakenkreuze aufs Fahnentuch,
der pensionierte Studienrat
kramt nach dem HJ-Liederbuch.

Refr.: Aber heute ist nicht gestern,
dies ist eine andere Zeit;
vor der Rückkehr der Faschisten
bewahrt uns die Einigkeit.

Zwoote-Weltkriegs-Generäle
steh'n stramm mit der Knarre bei Fuß,
der beinamputierte Blockwart
trainiert schon den deutschen Gruß.
"Adolf Hitler, eine Karriere",
"Josef Goebbels, das Tagebuch",
Bundeswehrkameradschaftsabend
mit SS-Kameraden-Besuch.

Aber heute ist nicht gestern...

Josef Strauß lobt die Freiheit in Chile,
schüttelt herzlich dem Henker die Hand,
derweil hier verlaufen die letzten
NS-Prozesse im Sand.
Jemand drängt, ein Gedicht zu verbrennen,
Juden-Puppen aus Stroh brennen schon,
CDU fordert laut Todesstrafe,
wer zur Vorsicht ermahnt, erntet Hohn.

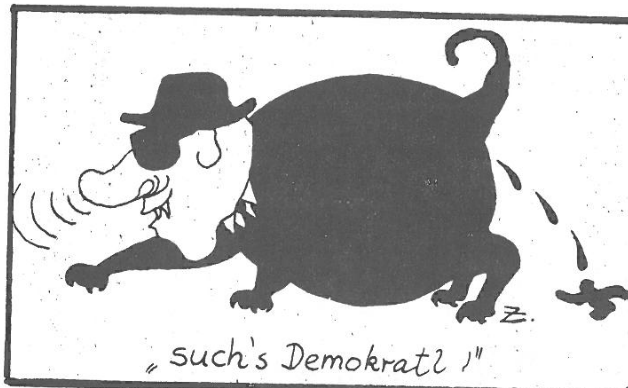
Aber heute ist nicht gestern...

Da erheben sich Veteranen
aus KZ's, aus dem Widerstand,
demonstrier'n in gestreiften Kleidern
gegen Nazis in unserem Land.
Sie warnen die Demokraten,
daß, wer nicht den Anfängen wehrt,
vom Griff des Faschismus erwürgt wird,
hat uns die Geschichte gelehrt.

Aber heute ist nicht gestern... (bis)

Trödelschick ??

Bei den Trödlern in Hamburg, München, Berlin und anderswo finden sich neben Kaiser-Wilhelm-Bildern die Konterfeis von Hitler in allen Lebenslagen, eiseren Kreuze, Helme, Bücher, Zeitungen mit Hakenkreuzen finden großen Zuspruch, alte grüne Ledermäntel, wie sie von der SA und Gestapo getragen wurden,werden teuer gehandelt.



„such's Demokrat! !"

Heute in der BRD - viele faschistische Organisationen -

Die SS-HIAG stellt sich selbst als "rein karikative Hilfsorganisation ehemaliger SS'Soldaten" dar.In Wirklichkeit aber bemüht sie sich , einen neofaschistischen Kampfverband zu gründen.
Befragt nach den Aufnahmebedingungen in die SS-HIAG schreibt der 1.Sprecher der HIAG-Kreisgemeinschaft Oberallgäu:
" Mitgleid können Sie werden,
a) wenn ein Mitglied Ihrer Familie in der Waffen-SS gedient hat, oder
b) wenn Sie sich mit den Zielen der HIAG einvertsanden erklären, einen guten Leumund haben und nicht vorbestraft sind."
Nach der Möglichkeit befragt, ob auch jüngere Mitglied werden können, antwortete Daur ausdrücklich:" Wir haben viele junge Männer in unseren Reihen.Ichselbst bin auch erst 35 Jahre."
Die Aufnahme junger Leute in die HIAG und gerade die Anwerbung von Bundeswehrsoldaten, sowie die regelmäßigen Zusammenkünfte in Soldatenheimen zeigen, daß die Ziele der SS'HIAG nicht nur die reine Fürsorge für die ehemaligen SS-Soldaten sein können.

Pflege brauner Ideologie

Es handelt sich vielmehr um eine handfeste Traditionspflege faschistischer Ideologie und deren Verbreitung bei jungen Leuten.

RCDS und Verfassungsschutz

von 160 000 DM aus Verfassungsschutzetat (neuester Hammer, den ich wohl nicht weiter ausführen brauche) schon eine Menge aussagt.

RCDS-Politik durchschauen zu können, ist gerade hier in Schleswig-Holstein wichtig, da sich der RCDS hier im Kampf gegen das HSG oft als einzig relevante studentische Vertretung hingestellt hat und sich allzuoft die Lorbeeren anderer in kleinen Teilerfolgen zu Eigen gemacht hat

Sollte dies wirklich richtig sein, daß sich der RCDS in Schleswig-Holstein für



die Interessen der studentischen Mehrheit eingesetzt hat, so wäre dies eine außerordentlich bemerkenswerte Ausnahme, denn summiert man das bundesweite RCDS-Verhalten in Bezug auf die jeweiligen Landeshochschulgesetze, so zeichnet sich ein ganz anderes Bild ab, in dem sich der RCDS als Spalter von studentischen Aktionen und als Interessenvertreter der Landesregierungen darstellt.

Selbst in Baden-Württenberg und Bayern, wo ASten durch lächerliche "Sprecherräte" abgelöst wurden, und wo die stärkste Entdemokratisieung der Hochschulen stattgefunden hat, hat der RCDS aktiv auf diesen Zustand mithingearbeitet.

Diese Aussage mag für den einen oder anderen unverständlich sein, der die wohlklingenden, fast kämpferischen Reden des RCDS in Badeb-Württenberg gehört hat.

Leider sind Theorie und Praxis beim RCDS zwei voneinander unabhängige Dinge, denn seine wirkliche Politik macht der RCDS hinter den Kulissen.

So schrieb der RCDS zur Verabschiedung des bayrischen Hochschulgesetzes in einem Brief:

> "Unsere Aktivitäten galten in den letzten Monaten besonders der Unterstützung des Bayrischen Hochschulgesetzes, das in allen wesentlichen Punkten unsere Zustimmung findet. Es trägt den Erfahrungen, die man in Bremen, Berlin, Hamburg und Hessen gemacht hat, in kluger und überlegter Weise Rechnung: Die Auswirkungen überstrapazierter Demokratisierung und Egalisierung im Blick, werden die Grenzen der Mitbestimmung fixiert, die Straffung der Studiengänge entschiedener formuliert, die Leistungserwartungen deutlicher herausgestellt..."

In Baden Württenber sah es nicht anders aus, so daß sogar massive Kritik innerhalb der Organisationen laut wurde:

RING CHRISTLICH DEMOKRATISCHER STUDENTEN AN DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN FREIBURG

- DER VORSTAND -

Erklärung zur hochschul- und parteipolitischen Orientierung des RCDS-Gesamtverbandes

1. Vorbemerkung

Im folgenden wird der Vorstand des RCDS PH Freiburg begründen, weshalb er nicht mehr in der Lage ist, sich mit Bundes- und Landesverband des RCDS zu identifizieren.
...

2. Die Konservativen dominieren den RCDS

Es hat sich erwiesen, daß der RCDS-Gesmtverband nicht bereit ist, konsequent den bildungspolitischen Vorstellungen der CDU entgegenzutreten bzw eine eigenständige Alternative zu formulieren.
Vielmehr herrscht die Tendenz im RCDS vor, gelegentlich abweichende sachpolitische Positionen über kurz oder lang denen der CDU anzugleichen. Die mehrheitlich im RCDS vertretenen CDU - und JU-Mitglieder verstehen es, ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß in letzter Konsequenz die Gruppen des RCDS die studenten- und hochschulfeindliche Politik der CDU gegenüber der studentischen Öffentlichkeit gutheißen. ...

Wir halten auch nichts von "Kompromissen", die am Ende deckungsgleich sind mit den ursprünglichen Vorstellungen der CDU.
Für überaus unehrlich aber halten wir die langgeübte Praxis der Verbandsvorstände solche Kompromisse gegenüber der studentischen Öffentlichkeit als "Erfolge" zu verkaufen unter der bekannten Parole " Wir haben verhindert, daß es noch schilmmer kommt ". ...

Die RCDS-Gruppen von Baden-Württemberg erfuhren erst nach Verabschiedung der neuen Hochschulgesetze aus dem Munde des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Späth anläßlich seines Besuchs einer Landesausschußsitzung des RCDS Ba-Wü, daß eben jenes Senats-"ASTA"-Konzept, das nun alle Gruppen des RCDS, ausgenommen die unsrige, als das einzig legitime an den Hochschulen durchzusetzen bemüht sind, mit dem RCDS-Landesvorstand abgesprochen war. Alle Kritik an diesem Konzept seitens des Landesvorstands war nur ein Scheinmanöver gewesen, um von der Mitverantwortung abzulenken.

verantw.: F. Vollenauer, D. Wirth c/o RCDS PH Freiburg, Keplerstr. 60, 7800 Freiburg

„Demokratischer Dialog"

Ihre Aktionen titulieren führende RCDS-ler mit dem Schlagwort: "Demokratischer Dialog". Sieht man in diesem Zusammenhang das Zitat aus Bayern (s.o.), so wird das Demokratieverständnis des RCDS deutlich. "Demokratischer Dialog", das sind die Absprachen des RCDS mit der CDU/CSU hinter dem Rücken der Studenten.
Endgültig nachdenklich sollte einem die angeblich antifaschistische Einstellung des RCDS stimmen, wenn man diese wiederum mit tatsächlichen Aktionen in der Öffentlichkeit vergleicht. Ganz zu schweigen davon, daß man keinen RCDS'ler in irgendeiner antifaschistischen Vereinigung und auf einer deren Veranstaltungen (z.B. Demo zum Gedenken an die Kristallnacht) zu sehen bekommt, so bringt es der RCDS in infamer Weise fertig, Kommunisten und Faschisten in einen Topf zu werfen.
In einer Veranstaltung in Köln, bei der Gerhard Löwental zu Gast war, forderte der RCDS die volle Beibehaltung der Berufsverbote und brachte als Werbung diese Plakette heraus:



Bei dieser erschreckenden Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten fiel während der gesamten Veranstaltung kein einziges Wort darüber, daß Faschisten tausende vo Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen in Konzentrationslagern umgebracht haben und dies auch heute noch tun.
Hätte der RCDS nicht immer noch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß an den Universitäten, so könnte man ihn mit einem derartigem Demokratieverständnis einfach negieren und übergehen.
Leider gelingt es dem RCDS aber immer wieder, durch geschicktes Taktieren und indem er vielen Studenten nach dem Mund redet, einige Studenten, die sich von zu lautstarker Politik übergangen fühlen, auf seine Seite zu ziehen. Das gelingt ihm oft durch den billigen Trick, indem er demokratisch-fortschrittliche Studenten mit Terroristen gleichsetzt und sich dadurch an der Kriminalisierung von vielen Studentenvertretungen beteiligt.(In dem Zusammenhang sind auch die zahlreichen Klagen des RCDS gegen ASten zu sehen).
Es ist wirklich schi zophren, wenn der RCDS diese Studentenvertretungen auf der einen Seite für ein angeblich schlechtes Studentenbild in der Öffentlichkeit verantwortlich macht, auf der anderen Seite aber in seinen Thesen zum Terrorismus gegenüber dieser Bevölkerung behauptet, daß sich unter den Studenten ca. 8000 Terrorismussympathisanten befänden.
So führt folgendes Zitat die großen Worte des RCDS in Schleswig-Holstein gegen das Ordnungsrecht ad absurdum:

"Gegen Straftäter, insbesondere gegen die Rädelsführer gewaltsamer Aktionen, sind umgehend entsprechendeMaßnahmen zu ergreifen. ... Es ist nicht länger hinzunehmen, daß Straftäter Studienplätze blockieren..."

Glücklicherweise spielt der RCDS an der Medizinischen Hochschule Lübeck keine Rolle. Dennoch sollten wir uns als politisch interessierte und verantwortungsbewußte Studenten über die Machenschaften des RCDS informieren, um die Ausweitung derartiger undemokratischer Organisationen mit Entschiedenheit entgegentreten zu können.

FAMULTUR IN INDIEN

Im Sommer dieses Jahres hatte ich in Indien die Gelegenheit, der deutschen Ärztin Dr.A.Hüffer bei ihrer Arbeit über die Schultern zu sehen. Sie ist seit 26 Jahren in Indien auf privater Basis Tätig, seit einiger Zeit in den Airprort-Slums von Bombay. Dabei habe ich auch den indischen Jesuitenpater Philip D'Souza kennengelernt. Er ist etwa 60 Jahre alt, lebt seit 2 Jahren selbst in den Slums und versucht dort, den ärmstem Kindern, die von "zu Hause" keine oder nicht genügend Anregungen bekommen, das Mitkommen in der Schule zu ermöglichen, indem er für sie Nachhilfe-Stunden organisiert oder auch selber gibt. Er gehört zur katholischen Gemeinde der "Heiligen Familie" in Andheri-East, einer Vorstadt von Bombay, etwa 5 km nördlich des Flughafen Santa Cruz. Ich möchte hier einen Artikel von ihm wiedergeben, der einige Lebensumstände der Slumbewohner beschreibt.

Gregor Sträter



Pater D'Souza: Life in the slums

Zu Anfang muß ich sagen, daß die MENSCHEN nicht in den Slums LEBEN - sie versuchen zu überleben. Es sollte ihnen gar nicht gestattet sein, dort zu leben. Slums sind nicht nur ein STINKENDER Schandfleck für unser Land, für unsere Stadt, sondern - weil ich als Christ spreche - auch für den guten Namen der Kirche in Bombay. Ich frage mich oft selbst, wieviel Geld wir ausgegeben haben, um wundervolle Bauten für Kirchen, Heiligtümer, Schulen und Hochschulen zu errichten. Wir haben Gemeindehäuser und Klöster, die so gut unterhalten werden und so sauber sind, einige mit einem großen Park dabei. Wieviel haben wir ausgegeben, um den Millionen in den Slums das Leben zu erleichtern? Nehmen wir die Gemeinde der "Heiligen Familie" in Andheri: 70% unserer katholischen Bevölkerung (insgesamt etwa 7000) leben in schrecklich stinkenden Slums. Natürlich haben wir Sozialarbeiter und die Nonnen von Mutter Theresa, die in den Slums arbeiten. 80% der Plätze in unserer Schule der Heiligen Familie sind für die Ärmsten der Armen vorgesehen. Das sind unsere offiziellen Richtlinien, und wir halten uns daran. All das ist sehr gut; aber es ist wie das Verabreichen einer schmerzstillenden Spritze für einen Krebsleidenden: der Krebs bleibt.

Nun lebe ich seit 15 Monaten in den Slums, atme Tag und Nacht die widerwärtige, Krankheit erfüllte Luft, gehe durch die Strßen, in denen ein widerlicher Geruch von Urin steht, sehe Kinder, die dasselbe Fleckchen Erde für ihr morgendliches Bedürfnis und als Spielplatz für den Rest des Tages benutzen, fühle die nahezu unerträgliche Hitze, die einen von morgens 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr auslaugt - mein Raum hat noch 4 Fenster und 2 Türen, Ventilatoren und freie Flächen an beiden Seiten, und schon ich finde es unerträglich - was ist mit den Menschen, die in Räumen leben, die du nur tief gebückt betreten kannst, mit einer Decke, die du mit der Hand berührst, wenn du 6 Fuß (1,80m) groß bist, mit meist nur einem Fenster und einer Tür auf derselben Seite, sodaß keine Luftbewegung möglich ist; eine Familie von der nächsten gerade durch ein Blech getrennt, eine Schmale 3 Fuß-breite Abflußrinne zwischen Reihen eng zusammengepackter Hütten, oft so verwinkelt, daß es zu einem Kunststück wird, den Sarg eines Toten außer Haus zu bringen.Ganze Familien habe ich niederliegen sehen mit Tb, Ruhr, Grippe usw. Der Grund dafür liegt auf der Hand:Kranke Menschen und weniger Kranke schlafen tatsächlich so dicht beieinander, daß sie ihre Krankheiten einander genauso weitergeben, wie Liebende ihre Liebe durch ein Kuß.

Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es nur eine Lösung gibt, LEBEN in den Slums zu ermöglichen: mit einer mächtigen Anstrengung die Slums durch bewohnbare Häuser zu ersetzen. Wenn wir das der Stadtverwaltung überlassen, wissen wir, daß wir ewig warten müssen. Eine arme, alte Witwe mit einem Monatseinkommen von 115 Rupies (ca.30 DM), Mutter von drei Söhnen, ihre eigene Mutter noch mitversorgend, bewohnt einen Raum von 15 x 10 Fuß (5x3,5m) ohne Strom- und Wasseranschluß, eine öffentliche Latrine nur 15 Fuß von ihrer Hütte entfernt; sie bezahlte der Stadtverwaltung über zwei Jahre lang

Nur Eigeninitiative kann helfen!

Slums durch schöne Häuser ersetzen!

55 Rupies im Monat. Ihr und vielen Anderen hatte die Stadtverwaltung eine bessere Unterkunft versprochen. Obschon ein Haus gebaut wurde, ist während des ganzen letzten Jahres und besonders nach dem Zusammenbruch der Kongresses (im März 77) nichts in Bezug auf die sanitären Anlagen getan worden. Diese Leute schwimmen fröhlich auf der Welle der Korruption, die es in vielen Verwaltungsstellen gab und noch immer gibt; Einrichtungen wie die städtischen Behörden scheinen sich in Luft aufgelöst zu haben, und keiner ist verantwortlich. In der Zwischenzeit läßt man die Armen warten und hoffen, und sie bezahlen weiterhin ihre Raten für einen Wohnraum, der ihnen nie gehören wird.

Dem Hauptzweck, dies alles christlichen Gemeinden nahezubringen, sehe ich darin, wenigstens einige Leute zum Denken und zum Handeln zu bringen. Ich weiß, daß wir Bombay nicht von den Slums befreien können, aber könnten wir uns nicht einen Slum vornehmen und ihn mit einer umfassenden Anstrengung sanieren und ihn durch bessere Wohnhäuser ersetzen? Leute, die in 50 Hütten eine Grundfläche von 2000m² belegen, könnten leicht in einem Haus mit einer Grundfläche von 450 m² untergebracht werden, sodaß viel freier Raum für frische Luft und für das Spiel kleiner Kinder bleibt. Isaias sagt, die Kirche soll ein Leuchtfeuer sein für Menschen, die in der Dunkelheit sind. Christus ist ein starkes, helles Licht; aber was ist die Kirche, wenn sie sich nicht wie Christus gegen die entsetzliche Gefühlslosigkeit der heutigen Pharisäer und Sadduzäer auflehnt, die damals wie jetzt in ihren behaglichen, mit modernen Möbeln, Klimaanlage und Fernsehen ausgestatteten Nestern genauso selbstgefällig sind und den Leuten von Liebe, Gesetz und Dienst an den Armen predigen, in eine moderne Sprache gefasst, aber ohne den leisesten Hauch von GEIST.

Obwohl 15 Monate eine recht lange Zeit sind, habe ich nicht viel Lärm um das gemacht, was ich in den Slums tue. Als ich beschloß, in die Slums zu ziehen, wurde ich aufgefordert, meine Pläne schwarz auf weiß darzulegen. Meine Antwort war damals, laßt mich erst einmal dorthingehen, und, wie der Geist über mich kommt, so werde ich handeln. Wie schon während der letzten drei Jahre versuche ich, die Eltern über die Kinder zu erreichen. Ich versuche mit meiner ganzen Kraft, die Kinder zu lieben, und gebe ihnen diese Liebe auch, wenn sie manchmal nicht dafür zugänglich sind, weil sie weder von ihren Eltern noch von Anderen geliebt werden. Slums entmenschlichen dich, auch als Eltern, sodaß diese Kinder es schwer haben zu glauben und anzunehmen, sie seien liebenswert und würden geliebt. So sage ich ihnen immer wieder, sie sind liebenswert; indem ich sie mit ihrem Kosenamen rufe, die ich ihnen z.T. selbst gegeben habe, lasse ich sie fühlen, daß sie einzigartige, wunderbare und liebenswerte Menschen sind. Ich sage ihnen immer aufs neue, sie sollen sich nicht schämen, weil sie in den Slums ~~wohnen~~ leben, da sie ja nichts dafür können. Aber ich mache ihnen auch immer wieder klar, daß es umso besser für sie ist, je eher sie versuchen, aus den Slums herauszukommen. Denn das ist die einzige Möglichkeit, sich selbst zu beweisen, daß sie sich lieben. Das ist mein Hauptanliegen; es ist fast schon eine fixe Idee.

Wenn indische oder ausländische Freunde und Besucher zufälligg an meine Tür kommen (denn ausländische Besucher kommen nicht absichtlich bei mir vorbei; sie besuchen zufällig die Nonnen Mutter Theresa's, die nebenan arbeiten; und die guten Nonnen bringen sie dann gewöhnlich zu mir) und mich fragen, was ich denn hier tue oder versuche zu tun, antworte ich, ich tue nur das, was Jesus auch tat: die Menschen und besonders die Kinder unzufrieden machen mit einem Übel, das in meinen Augen die Mutter vieler Sünden ist, nämlich das LEBEN IN DEN SLUMS. "Sie müssen sich selbst befreien und dürfen nicht ~~warten~~ auf Andere warten, die es für sie tun. Sie müssen jetzt beginnen, sich selber zu helfen, denn die Welt ist voll von guten Christen und regelmäßigen Kirchgängern, die sich leider weigern mit ihren Augen zu sehen und mit ihren Ohren den Todesschrei ihrer Brüder und Schwestern zu hören. Es gibt zu viele, die Hände haben, sich aber weigern, diese in Brüderlichkeit und Freundschaft auszustrecken, und Münder haben, sie aber nicht gegen Ungerechtigkeit erheben. Deshalb verdammen sie sich selbst auf Grund ihrer Gleichgültigkeit und Selbstgefälligkeit.

Pater Philip D'Souza, S.J.



Ankündigung:

Diavortrag über die Arbeit eines Arztes in den Slums von Bombay.
DIENSTAG 23.1. 20 Uhr, Mensa
Alle Interessenten sind herzlich eingeladen!
Vortragender: Gregor Sträter

WO DENKVERBOT HERRSCHT WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT

Statement Dr. Sigrid Madzen-Stöckert (B.d.WI.)

Halten Sie das HSG in der zu verabschiedeten Fassung für richtig und notwendig?
Veranstaltung des ASTA Lübeck - 1.12. 1978 - 18.00 Uhr-
Medizinische Hochschule Lübeck / S.M.-S.

Ich halte das HSG in der zu verabschiedeten Fassung weder für richtig noch für notwendig.Die Begründung dieser Ablehnung, und zwar nicht nur der Ablehnung des HSGs sondern vor allen Dingen auch des HRGs, ist eng verbunden mit der Frage nach der Stellung und den Aufgaben der Hochschulen in unserer Gesellschaft.

Erste und vornehmste Pflicht der Hochschulen sollte doch sein, durch wissenschaftlich fundierte Innovationen den gesellschaftlichen Reformprozeß voranzutreiben.

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat am 29. Juni 1977 auf einer Veranstaltung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Marburger Universität und des DGB Kreis Marburg/Biedenkopf u.a. die Aufgaben der Hochschulen in unserer Gesellschaft folgendermaßen präzisiert:[1)]

" Diese Institution Universität braucht ja nicht auf ewig vorrangig den Interessen von Wirtschaft und politischem Konservatismus verpflichtet sein! Wissenschaft als produktive Kraft kann ja auch zur demokratischen Veränderung der Gesellschaft,zur bewußten Förderung des sozialen Fortschrittes genutzt werden! Wissenschaftsfreiheit braucht nicht die Freiheit weniger Privilegierter bleiben! Und sie darf es nicht! Die Arbeitnehmer, auf deren Arbeit der Reichtum dieser Gesellschaft beruht und die damit auch die Hochschulen mitfinanzieren, haben ein Recht darauf, daß ihre Probleme , ihre Interessen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten Eingang in Forschung, Ausbildung und Weiterbildung finden. Dieser Anspruch muß GESCHICHTE machen, d.h. er muß in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage durchgesetzt werden, und deshalb wird er hier angemeldet...." 2)

---

1) Heinz Oskar Vetter: Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?, in: Argumente zur Zeit. Sonderdruck aus "Blättter für deutsche und internationale Politik", Heft 8, 1977,S. 4- 16 Pohl-Rugen, Klein verlag. Köln

Einladung

zu einer Tagung
zum Thema

Humanisierung des Gesundheitswesens.

Was kann die Ausbildung der Gesundheitsberufe dazu beitragen?

26.-28.1.79

an der Universität Bielefeld

Näheres sowie Anmeldung im AStA-Büro

Diese Forderung ist nicht utopisch. Der BdWi hat mit der Vorlage eines Wissenschaftler-Bedarfsplanes im November 1977[5] nachgewiesen, daß bis 1980 28.000-33.000 Wissenschaftler an den Hochschulen neu eingestellt werden müssen.

Doch Forderungen, die Mitglieder der Hochschulen-Studenten wie Hochschullehrer- aufstellen, können nur durchgesetzt werden, wenn es gelingt, gesellschaftliche Kräfte davon zu überzeugen, daß damit auch ihre Interessen berührt sind. Noch immer stellen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik das größte Reformpotential dar. Und so wird die Forderung nach gesellschaftlichem Fortschritt nur mit diesem, dem DGB, durchzusetzen sein.

Wie endet die eingangs zitierte Rede von Heinz Oskar Vetter?[6]

"... Wo immer Mißtrauen abgebaut und Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Hochschulen zustande kam, ist diese sofort Gegenstand heftiger Kritik von Unternehmerverbänden und konservativen Ordinarien geworden. Der Pluralismus sei durch einseitigen Einfluß einer bestimmten sozialen Machtgruppe gefährdet, heißt es da... Welche Realität meinen diese Herren eigentlich? Doch nicht die der deutschen Hochschule!.... Ein Pluralismus, den es bisher nie gab, kann nicht gefährdet sein. Der ist ja erst herzustellen! Nicht um die Durchsetzung eines einseitigen Machtanspruches geht es, sondern um die Bildung eines Gegengewichtes gegen bisherige Einseitigkeit. Die Freiheit der Forschung und Lehre ist durch Kooperationsvereinbarungen nicht berührt: Durch Transparenz, Mitbestimmung und Gesellschaftsbezogenheit eröffnen sie den Hochschulen vielmehr neue Freiheitsräume. Kooperation reduziert keine Alternativen im Bereich der Wissenschaft, sie schränkt keine Freiheit ein; sie eröffnet vielmehr Alternativen und schafft damit Voraussetzungen für eine freie und zugleich sozial verantwortliche Wissenschaft, die sich vorgegebenen Herrschaftsinteressen nicht unterordnet... Kooperation ist auch für die Hochschule eine Chance, gerade, weil es gegenwärtig notwendig erscheint, die Freiheit der Wissenschaft vor allem gegen ihre "Beschützer" in Schutz zu nehmen!"

Der schweren Bedrohung der Hochschulen und damit auch unserer Gesellschaft durch HRG und LHGs, durch Sparmaßnahmen und Stellenreduzierungen ist nur zu begegnen durch gemeinsamen, solidarischen Widerstand aller Gruppen an den Hochschulen, und zwar durch ein breites Bündnis innerhalb und außerhalb der Universitäten- dabei vor allem mit den Gewerkschaften im DGB!

Ich kann nur hoffen, daß mein Beitrag dazu dienen wird, diesen Widerstand auch in Lübeck zu stärken.

---

5) Wissenschaftler-Bedarfsplan des BdWi 1978-1980. Studien und Berechnungen zur Entwicklung des Wissenschaftler Bedarfs in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West. Marburg/Lahn, November 1977.
6) a.a.O., S. 15-16

UNTERSCHRIFTENLISTE

Hiermit unterstütze ich durch meine Unterschrift folgende Forderungen der Studenten:
-keine Regelstudienzeit
-kein (zusätzliches) Ordnungsrecht
ausgewogene Mitbestimmungsverhältnisse in den Hochschulgremien
-für das Recht, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen
-für das Recht auf direkte Demokratir (politisches Mandat).

NAME	ANSCHRIFT	UNTERSCHRIFT
Manfred Schürmann	HL, Ratzeb. Allee 14	
Jörg [illegible]	Kiel, [illegible] 20	
[illegible]	2000 Hamburg 50	
	[illegible] HL	
Hartwig [illegible]	24 HL Mühlenbrücke 1	
Thomas Klingebiel,	[illegible] 17	
Bernd [illegible] MdL	[illegible], 2202 [illegible]	
[illegible] P.	MHL	

RATET MAL, WEM DIE letzte Unterschrift gehört

Weiter heißt es in der Rede :

" Ausbildung und Forschung als die zentralen Aufgaben der Hochschule sind für die Gesellschaft und damit für die die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmenden Gruppen in verschiedener Hinsicht von Bedeutung. Als QUALIFIKATIONSPROZEß zur Steigerung des Arbeitsvermögens, als angewandte TECHNOLOGIE zur Steigerung der Arbeitsproduktion und als Ideologieproduktion Mittel zur Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse. Alle drei Momente betreffen unmittelbar Funktionsbereiche der Gewerkschaften als Interessenorganisation der Arbeitnehmer..." 3)

Aber gerade das HRG und die LHs verhindern die Wahrnehmung und Erfüllung der oben zitierten Aufgaben der Hochschulen, die für die fortschreitende Demokratisierung unserer Gesellschaft unabdingbar sind. Denn durch das HRG und die LHGs sollen die Hochschulen durch staatliche Eingriffe und Reglementierungen zu einem Ort der einseitigen Interessenvertretung und Repression degradiert werden. Lassen Sie mich diese These durch einige Beispiele belegen:

- durch das Ordnungsrecht und die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat werden die Studenten in ungeahnter Weise diszipliniert und entpolitisiert
- durch die Regelstudienzeit mit der angedrohten Zwangsexmatrikulation werden die Studenten in verantwortungsloser Weise unter Druck gesetzt und reglementiert. Außerdem ist die willkürliche Verschulung und Verkürzung des Studiums eine weitere verheerende Konsequenz der Regelstudienzeit
- durch die Mitbestimmungsregelungen, die den Professoren ein unverantwortliches hohes Maß an einseitiger Entscheidungsbefugnis x erteilen und die Mitbestimmungsrechte der wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter sowie der Studenten einschränken, wird wird die Mitbeteiligung aller Hochschulmitglieder an der Erfüllung der Aufgaben in Forschung und Lehre unterbunden
- durch die Studienreformkommissionen, die zur Mehrheit mit Vertretern des Staates besetzt werden, wird der Versuch unternommen, bei der dringend erforderlichen Studienreform Vorstellungen staatlicher Instanzen und der Wirtschaft in den Hochschulen zu verankern
- durch die Neuordnung der Personalstruktur wird der wissenschaftliche Nachwuchs in unverantwortlicher Weise dezimiert.

WAS IST ZU TUN?

Der Assistentenrat der Universität Hamburg, dem gewählte Vertreter aller Fachbereiche sowie Vertreter der Senats-und Konzilsfraktionen angehören, ist schon kurz nach der Verabschiedung des HRG für eine Novellierung dieses Gesetzes eingetreten und hat als Strategie für die Durchsetzung dieser Forderung ein breites Bündnis mit allen Gruppen innerhalb und außerhalb der Universität - vor allem mit den Gewerkschaften im DGB vorgeschlagen. Bereits Anfang 1977 lag von den zentralen Gremien der Hamburger Uni - Konzil und Akademischer Senat - eine mehrheitlich verabschiedete Stellungnahme vor, die 12 Forderungen zur Novellierung an ein Hamburger Hochschulgesetz enthält. 4) Außerdem enthält diese Stellungnahme im Vorspann die Aufforderung an die verantwortlichen Politiker in Bürgerschaft und Senat, daß sie ihrer Ablehnung des HRG bei der Novellierung der Hamburger Hochschulgesetze konsequent Rechnung tragen und sich für eine unverzügliche Novellierung des HRG einsetzen. Weiter enthält sie die Aufforderung für eine Koopertaion mit dem DGB. Immer wieder sind in Hamburg die Forderung nach der Novellierung des HRG aufgegriffen worden, u.a.

Es gibt offensichtlich Vorgänge an der MHL, die von solchem öffentlichen Interesse sind, daß sogar die FR ausführlich berichtet .....

„Unsauberkeit und Vernachlässigung der Patienten"

Anwalt erhebt Vorwürfe gegen Abteilung der Medizinischen Hochschule Lübeck und erstattet Strafanzeige gegen Chefarzt

Von unserer Korrespondentin Lore Lorenzen

29. 12. 78 FR

KIEL, 26. Dezember. In einem Offenen Brief an den schleswig-holsteinischen Kultusminister Professor Walter Braun erhob Rechtsanwalt Wolfgang Haucke ungewöhnlich schwere Vorwürfe wegen der Behandlung der Patienten in der Medizinischen Hochschule Lübeck. Gleichzeitig veröffentlichte der Anwalt am Freitag in Kiel eine Strafanzeige gegen den Chefarzt der Abteilung für Orthopädie der Hochschule, Professor Johann Henßge.

In der Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft Lübeck wird dem Mediziner unter anderem Körperverletzung, unterlassene Hilfeleistung, Betrug, Unterschlagung und Untreue vorgeworfen. Für seine Vorwürfe nennt der Anwalt, der eine Masseuse aus der Orthopädie-Abteilung vertritt, eine Reihe von Zeugen. Danach sollen in der Abteilung „zahlreiche Patienten nach der Operation durch Staphylokokken infiziert" worden sein und teilweise unter starken Wundvereiterungen gelitten haben. Das sei in Verbindung mit einer „unvorstellbaren Unsauberkeit und Vernachlässigung der Patientenpflege" geschehen.

Im einzelnen wird „über unzumutbare Mißstände und Vorkommnisse" berichtet: „Auf Station 30 wurden Steckbekken, Urinflaschen, Nachttischeinsätze und Gummiunterlagen zusammen in der einzigen Badewanne eingeweicht und gesäubert. Danach wurden Patienten, insbesondere Kleinkinder, in dieser Wanne gebadet." In der Begründung der Strafanzeige heißt es, zahlreiche Patienten hätten Vereiterungen der Operationswunden und Infektionen erleiden müssen. Namentlich wird eine am Fuß operierte Schwester benannt, die anschließend unter Wundinfektionen litt.

Für die „Veruntreuungen großer Mengen der Patientenverpflegung" bot der Anwalt der Staatsanwaltschaft eine Reihe von Zeugen an. Es gehe um den Empfang von Verpflegung für nicht ordnungsgemäß abgemeldete Patienten und die Hortung großer Mengen von Butter. Schließlich ist von Unterschlagung „erheblicher Geld- und Sachspenden" die Rede, worüber das Spendenbuch seit April 1977 keine Eintragungen mehr ausweise. Eine gerechte Verteilung nach dem Willen der Spender (Patienten), eine Abrechnung oder Rechnungslegung sei nicht vorgenommen und Auskunft dazu nicht gegeben worden.

In seinem Offenen Brief an den Kieler Kultusminister beklagt sich Anwalt Wolfgang Haucke darüber, daß auf seine Dienstaufsichtsbeschwerde vom 5. Juli 1978 nichts Greifbares erfolgt sei. Der Anwalt: „Sie wissen, daß ich diesen Weg an die Strafverfolgungsbehörde und nun auch an die Öffentlichkeit lange gescheut und nicht leichtfertig beschritten habe in der Hoffnung, daß Sie als Minister schnell, energisch und ohne Rücksicht auf Rang und Namen durchgreifen und die Ordnung wieder herstellen würden."

Der Leiter der Hochschulabteilung im Kieler Kultusministerium erklärte der FR auf Anfrage, der von der Medizinischen Hochschule Lübeck angeforderte Bericht sei erst vor zwölf Tagen eingegangen. Die sehr umfangreiche Stellungnahme werde so schnell wie möglich geprüft, Vorwürfe und Gegenvorwürfe verglichen. „In einzelnen Punkten könnte die Beschwerde nicht unbegründet" sein, erklärte der Beamte. Aber vor dem neuen Jahr könnte wegen der Feiertage eine Auswertung der Akten nicht mehr erfolgen.

Professor Henßge sieht in den Vorwürfen „einen Rackeakt" der Masseuse, die das Betriebsklima „erheblich vergiftet" habe und deshalb aus der Abteilung versetzt wurde. „Die Vorwürfe gegen unsere Klinik sind böswillig, und ich habe mir persönlich nichts vorzuwerfen", erklärte er in einem Gespräch mit der FR. Der Vorwurf des leichtfertigen Umganges mit hygienischen Grundlegungen mit der Folge vieler Wundeiterungen wurde von Henßge zurückgewiesen. Zwar habe einer Patientin ein verkeimtes Hüftimplantat entnommen werden müssen. Das Implantat sei aber von einer auswärtigen Klinik eingesetzt und die Verkeimung erst bei der Nachoperation in der aseptischen Operationskabine der Medizinischen Hochschule festgestellt worden. Nachdem die Patientin entlassen worden war, sei eine gründliche Desinfektion sämtlicher Krankenzimmer erfolgt.

Was den Vorwurf mit der Reinigung verschiedener Objekte in einer Badewanne anbetrifft, so könne in einem lebhaften Klinikbetrieb nicht ausgeschlossen werden, daß so etwas vorkomme. Die dafür zuständige Hygienekommission habe dem Kultusministerium darüber Bericht erstatten müssen.



Die Frankfurter Rundschau berichtet: Sprachprogramm für Ärzte soll Hemmungen abbauen!

Türkisch im Kreißsaal

lw BREMEN, 28. Dezember. Jedes fünfte in der Bundesrepublik geborene Kind hat ausländische Eltern. Für türkische Mütter, die in deutschen Kliniken entbinden, erarbeitete die Universität Bremen, unterstützt vom Gesundheitssenator Herbert Brückner, jetzt eine wesentliche Hilfe. Es handelt sich um ein Sprachprogramm für Ärzte, Hebammen und Krankenschwestern, das soeben gedruckt und als Kassette vorgelegt wurde. 29. 12. 7.

In den deutschen Entbindungskliniken wird die Erfahrung gemacht, daß sprachunkundige werdende Mütter aus der Türkei häufig verstört und ängstlich sind. Die Atmosphäre der deutschen Kreißsäse ist ihnen unbekannt. Die sprachliche Verständigung mit Ärzten und Hebammen klappt nicht. In Bremen machten sich deshalb drei Wissenschaftler der Universität an die Arbeit. Sie entwickelten ein Sprachprogramm für die deutschen Geburtshelfer. Das Programm enthält einen Sprachkurs mit Vokabeln und Sätzen, die Hebammen, Ärzte und Schwestern für die Geburtseinleitung und den Geburtsablauf zur Verständigung mit den türkischen Müttern benötigen. Vorausgesetzt werden nur wenige Erfahrungen in der türkischen Sprache. Das Programm mit dem Titel „Türkisch im Kreißsaal" kann weitgehend im Selbststudium erlernt werden.